

PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER

PLÄDOYER FÜR EINE ANDERE IRAN-POLITIK

«Die US-Administration hat bei der Argumentation für einen Krieg wiederholt Geheimdienstinformationen als Fakten dargestellt, obwohl diese in Wirklichkeit unbelegt, widersprüchlich oder sogar nichtvorhanden waren. Die Folge war, dass das amerikanische Volk dazu gebracht wurde zu glauben, die Bedrohung durch den Irak sei viel größer als sie in Wirklichkeit war»¹.

Jay Rockefeller, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des US-Senates am 5. Juni 2008 bei der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes über die Vorbereitung des Irak-Krieges.

Am 17. Mai legten Brasilien, die Türkei und Iran ein gemeinsames Abkommen über einen Aspekt des seit Jahren schwebenden Konflikts um das iranische Atomprogramm vor. Darin erklärte sich der Iran bereit, 1.200 kg seines zu 3,5 Prozent leicht angereicherten Urans in die Türkei zu exportieren, wenn ihm dafür Brennstäbe für einen kleinen Teheraner Reaktor geliefert würden, der Isotope für die Krebstherapie von circa einer Millionen Iranern herstellt.

Damit ist die Chance eröffnet, einen diplomatischen Ausweg aus dem Atomstreit zu beginnen. Denn der Vertrag entspricht zum großen Teil dem, was die USA, Russland und Frankreich vergangenen Oktober bei Gesprächen mit dem Iran gefordert haben. Allerdings haben die USA offensichtlich inzwischen ihre Meinung geändert und versuchen, dieses Abkommen klein- oder gar wegzureden. Stattdessen drängen sie auf neue UN-Sanktionen gegen den Iran und haben einen entsprechenden Entwurf im UN-Sicherheitsrat zirkuliert. Diesem Sanktions-Entwurf, der keine einschneidenden neuen Sanktionen beinhaltet, hatten zuvor auch China und Russland – ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland – zugestimmt. Sollten neue Sanktionen beschlossen werden, was angesichts der Opposition von den UN-Sicherheitsratsmitgliedern Brasilien und Türkei und der unentschiedenen Haltung von Russland und China noch keineswegs sicher ist, und sollte der von der Türkei und Brasilien ausgehandelte Kompromiss nicht umgesetzt werden, droht eine Verschärfung der Spannungen um den Iran.

Die Verantwortung dafür läge zum großen Teil bei den USA. Denn trotz seiner Reden von «Verhandlungen ohne Vorbedingungen» und «in gegenseitigem Respekt» hat auch US-Präsident Obama, unterstützt vor allem von Großbritannien, Frankreich und Deutschland, keine grundsätzliche Wende gegenüber der Iran-Politik von George W. Bush vollzogen. Weiterhin wird versucht Maximalpositionen durchzusetzen, statt allseitig vereinbarungsfähige Kompromisse auszuloten. Das gilt sowohl in Bezug auf den Austausch von leicht angereichertem iranischem Uran gegen Brennstäbe für den Teheraner Forschungsreaktor als auch in Bezug auf die weit gewichtigere Frage der Urananreicherung im Iran generell. Stattdessen werden härtere Sanktionen diskutiert und durchzusetzen versucht – teils im UN-Sicherheitsrat, teils von «Koalitionen der Willigen» – und die militärische Option wird ausdrücklich auf dem Tisch gehalten. Die Befürworter eines solchen militärischen Angriffs schlagen wieder lauter auf ihre Trommeln. Es gab mit Obama eine andere Rhetorik, aber keine andere Politik. Für einen Weg aus der Sackgasse, in der der Streit um das Atomprogramm des Iran steckt, reicht das nicht. Die Fortsetzung der bisherigen Politik von Sanktionen und Drohungen mit Militärschlägen verlängert allerdings nicht nur die Ausweglosigkeit. Sie verschärft die Spannungen gegenüber dem Iran sowie im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Sie droht damit gleichzeitig der demokratischen Opposition im Iran, die sich gegen Unterdrückung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und staatliche Willkür ausspricht, zu schaden.

1. DIE BRENNSTÄBE FÜR DEN TEHERANER FORSCHUNGSREAKTOR

Nach Gesprächen zwischen den Präsidenten Irans und Brasilien sowie dem Ministerpräsidenten der Türkei legten diese drei Staaten am 17. Mai 2010 einen Plan² zur Lösung des Problems der vom Iran benötigten neuen Brennstäbe für den

¹ Zit. nach: CNN v. 5. Juni 2008: «Senate report slams Bush over prewar intelligence». ² «Joint Declaration of the Ministers of Foreign Affairs of Turkey, Iran and Brazil», 17. Mai 2010; veröffentlicht vom Außenministerium der Türkei; http://www.mfa.gov.tr/17_05_2010-joint-declaration-of-the-ministers-of-foreign-affairs-of-turkey_iran-and-brazil_en.mfa

Teheraner Forschungsreaktor vor. Danach erklärte sich der Iran bereit, 1.200 kg seines in Natanz auf 3,5 Prozent angereicherten Urans innerhalb eines Monats nach Abschluss einer Vereinbarung in die Türkei zu exportieren. Dort würde es zwischengelagert werden bis der Iran circa ein Jahr später, 100 kg an Brennstäben für seinen Forschungsreaktor erhält. Ein vergleichbarer Vorschlag war im Oktober 2009 bei dem ersten Gespräch, das die sogenannten P 5+1 (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien sowie Deutschland) nach langer Zeit wieder mit dem Iran in Genf hatten, «im Prinzip» vereinbart worden.

Im Kern geht es bei dieser Frage um eine vertrauensbildende Maßnahme zwischen allen Seiten, die das Kernproblem – die Anreicherung im Iran wegen der damit verbundenen und vor allem vom Westen vermuteten Proliferationsgefahren – nicht grundsätzlich löst. Allerdings wäre eine Einigung in dieser Frage ein erster Schritt, um das außerordentlich starke gegenseitige Misstrauen, insbesondere zwischen den USA und dem Iran, abzubauen. Die Möglichkeit der Vertrauensbildung wird sowohl von der iranischen Führung als auch der US-Administration gesehen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen. Während es Teheran vor allem darum geht, einen Beweis dafür zu erhalten, dass sein Nuklearprogramm nicht wie bisher insbesondere von den westlichen Mächten völlig torpediert und abzuwürgen versucht wird, wollen die USA vor allem einen Beleg dafür, dass der Iran sein angereichertes Uran tatsächlich für zivile Zwecke einsetzt.

Das Misstrauen war auch eine Ursache dafür, dass nach der prinzipiellen Übereinkunft zwischen den sechs Mächten und dem Iran am 1. Oktober 2010 in Genf bei den anschließenden Detailverhandlungen unter der Ägide der IAEA zwischen dem Iran sowie Russland, Frankreich und den USA in Wien keine Einigung erzielt wurde. Die IAEA legten einen von Russland, Frankreich und den USA vorbereiteten Plan vor, nach dem der Iran erst einmal 1.200 kg an leicht angereichertem Uran nach Russland exportieren sollte. Von Russland sollte anschließend auf 19,75 Prozent angereichertes Uran zur Weiterverarbeitung zu Brennstäben an Frankreich geliefert werden. Diese Brennstäbe sollten dann – circa neun bis 12 Monate nach dem Export des im Iran leicht angereicherten Urans – nach Teheran gebracht werden. Der wesentliche Unterschied zum neuen von Brasilien und der Türkei ausgehandelten Vorschlag besteht darin, dass nun das leicht angereicherte Uran in der Türkei zwischengelagert wird und die Türkei sich verpflichtet, es an den Iran zurückzugeben, falls der Iran keine Brennstäbe erhält.

Schon bei den Verhandlungen in Wien im vergangenen Oktober hatte der iranische Vertreter den gleichzeitigen Austausch von leicht angereichertem Uran und Brennstäben gefordert, ohne allerdings den IAEA-Plan vollkommen zu verwerfen. In der Folge geriet die iranische Regierung innenpolitisch wegen ihrer vermeintlich «weichen» Haltung unter Druck. Sowohl führende Reformpolitiker wie Mussavi sowie Ahmadinedschad-Kritiker aus dem konservativen Lager verurteilten die vermutete Bereitschaft der Regierung dem IAEA-Plan zuzustimmen grundsätzlich. Mussavi erklärte zum Beispiel voll Pathos, dass der IAEA-Plan «alle Anstrengungen von tausenden (iranischer) Wissenschaftlern in den Wind schlägt». Die Reformer hatten sicher auch die Sorge, dass ein die internationale Situation entspannendes Übereinkommen des Iran mit der internationalen Gemeinschaft Ahmadinedschad

innenpolitisch nutzen und der Opposition somit schaden könnte. Gleichzeitig wandten die Kritiker aber auch ein, dass der IAEA-Plan angesichts der darin geforderten Vorleistungen des Iran keinerlei Sicherheiten böte, dass die Brennstäbe auch wirklich geliefert würden. Diese Sorge hatte auch die Regierung, und zwar nicht ohne Grund. Denn weder Frankreich noch die USA waren früher ihren Verpflichtungen zur Lieferung von Nuklearmaterial nachgekommen. Die US-Außenministerin Hillary Clinton hat sich erst kürzlich wieder gegen die Inbetriebnahme des von Russland gebauten Kernkraftwerks in Buschehr ausgesprochen. Zudem traten sowohl die USA wie Frankreich schon vor und im Oktober für «einschneidende» neue Sanktionen gegen den Iran ein. Das rief in Teheran die Befürchtung hervor, dass auch die Brennstablieferung künftigen Sanktionen zum Opfer fallen könnte. Ebenfalls gab Russlands Verhalten beim Bau des Buschehr-Kernkraftwerkes, dessen Indienstellung wohl auch aus politischen Gründen immer wieder verschoben wird, Anlass zu Misstrauen.

Ende 2009 fand die iranische Führung zu einer Linie (zurück), die ihr auch innenpolitisch tragfähig schien. Sie bekräftigte ihre Bereitschaft zum Austausch von leicht angereichertem Iran gegen Brennstäbe, forderte aber, dass der Austausch «gleichzeitig in einer oder mehreren Ladungen auf dem Territorium der Islamischen Republik Iran» stattfinden solle. Sie kündigte zudem in einer Art Ultimatum an, ab Februar 2010 selbst Uran zu 19,75 Prozent anzureichern, falls kein Abkommen zustande kommt.

Allerdings lehnten die USA, aber auch Deutschland und Frankreich jegliche Nachverhandlungen ab. Insbesondere bestanden sie darauf, dass der Iran im Voraus die 1.200 kg leicht angereicherten Urans aus dem Iran exportieren müsse. Dies wurde damit begründet, dass der Iran sonst jederzeit die Möglichkeit hätte, hoch angereichertes Uran für eine Atombombe herzustellen – eine Möglichkeit, die man ihm zumindest zeitweise entziehen wolle. Denn für eine einzige nukleare Sprengladung werden als Ausgangsmaterial circa 1.400 kg an leicht angereichertem Uran benötigt. Im vergangenen Oktober besaß der Iran circa 1.800 kg, im Februar 2010 circa 2.050 kg, im Mai 2010 dürften es circa 2.400 kg an leicht angereichertem Uran sein.

Nach der Weigerung vor allem der westlichen Mächte, mit dem Iran auch nur zu verhandeln, begann der Iran im Februar wie vorher angekündigt, in seiner Pilotanlage zur Urananreicherung in Natanz auf 3,5 Prozent leicht angereichertes Uran auf 19,75 Prozent weiter anzureichern. Dieser Anreicherungsgrad ist notwendig für die Herstellung von Brennstäben für den Teheraner Forschungsreaktor. 19,75 Prozent angereichertes Uran ist immer noch weit von dem für eine Atomwaffe notwendigen Anreicherungsgrad von über 90 Prozent entfernt. Aber der Iran kann so das know how für eine höhere Anreicherung erwerben. Sollte der Iran das auf 19,75 Prozent angereicherte Uran nicht in Brennstäbe für den Forschungsreaktor umwandeln, hätte er außerdem besseres Ausgangsmaterial für die Herstellung einer Atombombe.

Um diese potentiellen technischen Möglichkeiten auszuschließen und damit weitverbreiteten Sorgen über ein möglicherweise existierendes iranisches Atomwaffenprogramm entgegenzuwirken, wäre es am besten gewesen, wenn der Iran keine Anreicherung auf 19,75 Prozent begonnen hätte. Doch diese Chance wurde durch die intransigente Haltung vor allem der USA vergeben. Dabei hätte man, gerade wenn

man tatsächlich in Sorge ist über ein Streben des Iran nach der Atomwaffe, unmittelbar in Verhandlungen mit dem Iran über seinen Gegenvorschlag eintreten müssen und ihn notfalls auch annehmen können. «Dazu könnte man sich durchaus auf den iranischen Vorschlag einlassen», erklärte auch Volker Perthes, der Leiter der der Bundesregierung nahe stehenden «Stiftung Wissenschaft und Politik»³. Stattdessen ließ man die Dinge treiben und nahm in Kauf, dass der Iran selbständig die Anreicherung auf 19,75 Prozent begann und damit technologisches know how erwirbt, mit dem er der Atombombe einen Schritt näher kommen könnte, wenn er denn wollte.

Zweifellos hätte der IAEO-Plan, auf dessen Annahme bestanden wurde, gegenüber dem damaligen iranischen Gegenvorschlag, den Vorteil, dass der Iran eine gewisse Zeit lang nicht genug angereichertes Uran zur Verfügung gehabt hätte, wollte er denn überhaupt daraus Bombenmaterial herstellen. Aber erstens wäre dieser Zeitraum relativ gering gewesen – mehr als zwölf Monate hätte es nicht gedauert, bis Teheran die 1.400 kg-Grenze wieder erreicht hätte. Und zweitens ist es – unterstellt man, dass der Iran die Atombombe überhaupt will – äußerst unwahrscheinlich, dass er diesen Schritt mit einer Menge an Nuklearmaterial unternehmen würde, die für ausschließlich ein bis zwei Sprengköpfe ausreichend wäre. Viel wahrscheinlicher ist es, dass der Iran warten würde, bis er weit mehr angereichertes Uran für einen «Ausbruch» zur Verfügung hätte.

Mit dem von der Türkei und Brasilien nun ausgehandelten Kompromissvorschlag ist eine neue Basis für eine diplomatische Lösung entstanden. Wie man einem inzwischen veröffentlichten ausführlichen Brief von US-Präsident Obama an den brasilianischen Präsidenten Lula vor der Teheraner Einigung entnehmen kann, entspricht dieser Vorschlag allen dort geäußerten US-amerikanischen Wünschen⁴. Insbesondere betonte Obama: «Ich stimme mit Ihnen überein, dass der Teheraner Forschungsreaktor die Möglichkeit bietet, den Weg für einen breiteren Dialog in Bezug auf fundamentalere Sorgen der internationalen Gemeinschaft mit Hinblick auf das gesamte Nuklearprogramm des Irans zu öffnen ... Wir meinen, dass die Bereitschaft des Iran, 1.200 kg seines leicht angereicherten Urans außer Landes zu schaffen, Vertrauen bilden und erheblich die regionalen Spannungen reduzieren würde, weil damit der Vorrat Irans an leicht angereichertem Uran wesentlich vermindert würde ... Ich möchte Brasilien dringend bitten, dem Iran einzuschärfen, welche Möglichkeiten mit dem Angebot verbunden sind, das Uran in der Türkei treuhänderisch zu hinterlegen, solange die Brennstäbe produziert werden».

Obwohl es Brasilien und der Türkei gelungen ist, den Iran dazu zu bewegen, einer von den USA geforderten Zwischenlagerung seines Urans in der Türkei zuzustimmen, hat die US-Administration das Abkommen zwischen der Türkei, Brasilien und dem Iran nicht begrüßt und sich nicht sofort zu neuen Verhandlungen bereiterklärt. Stattdessen hat sie, wie ihre westlichen Verbündeten, kritisiert, dass der Iran nicht bereit ist, seine Urananreicherung generell einzustellen. Der Sprecher des US-Außenministeriums P. Crowley bemängelte zum Beispiel, dass «der Deal über den Teheraner Forschungsreaktor nicht mit den andauernden Anreicherungsaktivitäten in Beziehung steht, obwohl diese unmittelbar miteinander verbunden sind»⁵.

Offenbar besteht das Hauptinteresse der USA, den von ihnen im UN-Sicherheitsrat einen Tag nach dem Teheraner Abkommen eingebrachten Resolutionsentwurf über neue Iran-Sanktionen, zu rechtfertigen. Dazu werden entgegen der monatelang erklärten Begründung, nötigenfalls mit Sanktionen den Iran zur Annahme eines Austauschvorschlages für den Forschungsreaktor zu «zwingen», nun das Eingehen des Irans auf alle betreffenden Forderungen der USA bzw. der internationalen Gemeinschaft zusätzlich gefordert. Dies ist sicher auch mit dem innenpolitischen Druck zu erklären, unter dem die Regierung Obama steht. Nicht nur die Republikaner, sondern auch weite Teile der Demokraten im Kongress meinen, weitere Sanktionen gegen den «gefährlichen» Iran seien entscheidend. Demgegenüber scheint Obama bzw. seine Administration längst aufgegeben zu haben, nach sachlichen Kompromissen auch mit «dem Feind» zu suchen.

Allerdings wäre es wünschenswert, wenn tatsächlich bald Verhandlungen über den türkisch/brasilianisch/iranischen Vorschlag mit den USA, Russland und Frankreich begännen. Dabei sollte auch das in dem Vorschlag nicht angesprochene Problem erörtert werden, was mit den geringen Mengen an bisher von Iran zu 19,75 Prozent angereichertem Uran geschehen soll. Zwar hat Obama in seinem Brief an Lula dieses Problem ebenfalls nicht angesprochen. Trotzdem wäre es sinnvoll, dafür möglichst schnell eine Lösung zu finden. Der stellvertretende Präsident des Irans und Vorsitzender der Atomenergieorganisation, Ali Akbar Salehi, hatte in einem Interview mit dem US-Sender CBS im März erklärt: «Wenn die heute sagen: Okay, wir liefern euch die Brennstäbe, sind wir bereit, die Anreicherung auf 20 Prozent zu stoppen»⁶. Diese Aussage wäre bei Verhandlungen auf den Prüfstand zu stellen. Denn sicher wäre es am besten, wenn der Iran kein weiteres Uran auf 19,75 Prozent anreichert und schon entsprechendes vorhandenes Material abgibt.

Wenn es gelingt, ein Abkommen über den Austausch auf der Basis des Türkei/Brasilien/Iran-Vorschlags zu vereinbaren, eröffnen sich Chancen für einen umfassenderen diplomatischen Prozess. Demgegenüber führen weitere Sanktionen nur noch tiefer in die Sackgasse.

2. SANKTIONEN SIND BESTENFALLS WIRKUNGSLOS, SCHLIMMSTENFALLS SCHÄDLICH

Die bisherigen UN-Sanktionen gegen den Iran verboten vor allem Exporte von Gütern in den Iran, die für nuklearwaffenrelevante Aktivitäten und die Entwicklung von Raketen benötigt werden. Dafür wurden auch Ausreiseverbote und Kontensperrungen für eine gewisse Anzahl von Personen und einige Unternehmen, die mit solchen Aktivitäten zu tun haben, verhängt. Die USA drängen seit langem auf schärfere UN-Sanktionen. US-Außenministerin Clinton forderte Anfang 2010 «lähmende» Sanktionen, falls der Iran seine Urananreicherung nicht einstelle. Während die israelische Regierung und konservative Hardliner im Westen an diesem Ziel festhalten, ist die US-Regierung in der UN längst (wieder) auf das

³ Volker Perthes, «Jenseits des Atomstreits», in: «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung» v. 7. März 2010. ⁴ Vgl. Brief von Obama an Lula vom 20. April 2010, veröffentlicht in: <http://www.politicaexterna.com/archives/11023#axzz0pB5f3OCQ>. Folgende Zitate ebd. ⁵ Zit. nach: «NIAC Memo: Iran's Nuke Deal Irritates Washington», v. 18. Mai. 2010; http://www.niacouncil.org/site/News2?page=NewsArticle&id=6513&security=1&ews_iv_ctrl=1 ⁶ «CBS News Interview with Ali Akbar Salehi», Teheran, 13. April 2010; «Full Transcript: Chief of Iran's Atomic Energy Organization Speaks to Elizabeth Palmer in Tehran»; <http://www.cbsnews.com/stories/2010/04/13/world/main6390463.shtml>

Ziel eher «smarter» Sanktionen umgeschwenkt, da andere Sanktionen im UN-Sicherheitsrat keinerlei Chance haben. Das liegt insbesondere an der Haltung der Vetomächte China und Russland die grundsätzlich bezweifeln, dass Sanktionen überhaupt effektiv sein können, auch wenn sie inzwischen einen Entwurf für eine weitere Sanktionsresolution mittragen. Der russische Präsident hat zum Beispiel zum Ausmaß der Sanktionen eingeschränkt: «Die Sanktionen müssen ausgewogen und weise sein und sollten sich nicht gegen Zivilisten richten.»⁷ Sein Außenminister Lawrow präzisierte und wandte sich ausdrücklich gegen «lähmende» Sanktionen: «Wenn wir Sanktionen befürworten, dann werden wir nicht über unser angestrebtes Ziel hinausgehen, das Nichtweiterverbreitungsregime zu verteidigen. Wir möchten nicht, dass das Nichtweiterverbreitungsregime als Vorwand benutzt wird, den Iran zu strangulieren oder Maßnahmen zu unternehmen, die die Lage und den Lebensstandard der Bevölkerung des Iran verschlechtern.»⁸

Hinzu kommt, dass Brasilien und die Türkei, gegenwärtige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates jegliche neuen Sanktionen ablehnen.

Entsprechend «weich» fallen auch die im Entwurf für neue UN-Sanktionen von den fünf Veto-Mächten anvisierten Maßnahmen aus⁹. Am einschneidendsten scheint noch das Verbot von Waffenexporten von sechs speziell genannten Waffengattungen an den Iran zu sein, darunter u. a. Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe. Solche Einkäufe hat Teheran allerdings gar nicht geplant. Hingegen wäre der Verkauf von russischen S-300 Flugabwehr-Raketen von solch einem Verbot nicht betroffen.

Weitere Maßnahmen sehen Reiseverbote und Kontensperren für weitere Mitglieder der Revolutionsgarden und weitere Unternehmen vor (Art. 10–13). Wer allerdings betroffen sein soll, darüber gibt es noch keine Verständigung. Ohnehin ist die Wirkung solcher Verbote äußerst zweifelhaft. Denn man weiß nicht einmal, ob bzw. unter welchem Namen diese Personen überhaupt Konten im Ausland haben.

Auch wird die Bedienung und Betankung von iranischen Schiffen verboten – allerdings nur, «wenn Informationen vorliegen, dass ausreichende Gründe für den Verdacht vorliegen», dass verbotene Güter transportiert werden (Art. 18).

Ebenfalls werde alle Staaten «aufgefordert» Finanztransaktionen zu unterbinden, «wenn Informationen vorliegen, dass ausreichende Gründe für den Verdacht vorliegen», dass damit proliferations-sensible nukleare Aktivitäten oder Raketentechnologien unterstützt würden (Art. 21).

Unter diesem Vorbehalt werden auch alle Staaten «aufgefordert», neue Filialen von iranischen Banken zu verbieten, wenn entsprechende Informationen über Zusammenhänge zum Nuklearprogramm vorliegen (Art. 23).

Die vorgeschlagenen neuen UN-Sanktionen dürften, falls sie denn überhaupt verabschiedet werden, für sich genommen nur beschränkte wirtschaftliche Folgen haben. Allerdings ist zu erwarten, dass sie von den USA und ihren Verbündeten zum Anlass genommen werden, um in einer «Koalition der Willigen» schärfere Wirtschaftssanktionen zu verhängen, was wiederum der russische Außenminister Lawrow kritisiert hat¹⁰. Doch da die Nicht-UN-Sanktionen nicht weltweit befolgt werden würden, gäbe es für den Iran mit seinen jahrzehntelangen Embargoerfahrungen genug Möglichkeiten, um Sanktionen zu kompensieren oder zu umgehen. Damit

würden die Preise im Iran zusätzlich angeheizt. Aber angesichts der strategischen Position des Iran, seiner großen Öl- und Gasvorräte sowie seiner intensiven und wachsenden Handelskontakte im Nahen Osten, mit Pakistan, Indien, Malaysia, China und Russland ist eine wirtschaftliche Isolierung nicht realisierbar. Zudem würden mit neuen Sanktionen wahrscheinlich auch die Revolutionsgarden gestärkt werden, da diese den Schmuggel kontrollieren und daran verdienen. Zwar betonen Vertreter der USA, Frankreich und Großbritanniens, dass die mit den neuen UN-Sanktionen verbundene Absicht ist, den Iran wieder an den Verhandlungstisch zu drängen¹¹. Allerdings ist das angesichts der erklärten Bereitschaft des Iran zu Verhandlungen kein glaubwürdiges Argument. Vielmehr scheint das Ziel und die Hoffnung zu sein, den Iran durch Sanktionen zur Einstellung seiner Urananreicherung zu zwingen, so wie es auch die UN-Sicherheitsratsresolutionen fordern. Doch es ist äußerst unwahrscheinlich, dass dieses Ziel mit weiteren Sanktionen, welche auch immer das sein mögen, erreichbar ist. Denn die absolute Mehrheit der iranischen Elite, einschließlich der Reformpolitiker wie Musavi, lehnt eine Suspendierung der Urananreicherung ab. Die Urananreicherung ist zu einem Symbol für Irans technologischen Fortschritt, internationales Prestige und nationale Unabhängigkeit geworden. Bei Umfragen spricht sich eine übergroße Mehrheit der Iraner regelmäßig für die Urananreicherung aus. Auch die Hoffnung mancher westlichen Politiker, dass mit mehr Sanktionen ein Regierungswechsel in Teheran befördert werden könnte, womit der Nuklearstreit erledigt wäre, scheint unrealistisch. Im Gegenteil könnten neue Sanktionen von den in Teheran Regierenden wahrscheinlich mit Erfolg genutzt werden, um ihre Position unter Hinweis auf die äußeren Angriffe zu stärken und den Spielraum der demokratischen Opposition einzuschränken.

Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Reformbewegung im Iran sich ausdrücklich gegen weitere Sanktionen – wie auch gegen einen militärischen Angriff auf den Iran – ausgesprochen hat. Schon im vergangenen September verurteilte der Anführer der Opposition Mir Hossein Mussavi Sanktionen, weil diese «einer Nation Leiden aufzwingen, die schon wegen ihrer miserablen Staatsmänner genug zu leiden hat.»¹² Nach der Bekanntgabe des neuen Entwurfs für UN-Sanktionen gegen den Iran bekräftigte er seine Ablehnung: «In den vergangenen Tagen ist das Thema von Sanktionen gegen unsere Nation wieder aktuell geworden. Obwohl wir meinen, dass diese Situation wegen einer taktlosen und abenteuerlichen Außenpolitik (der iranischen Regierung) entstanden ist, sind wir gegen Sanktionen, weil sie die Lebensbedingungen des Volkes beeinträchtigen werden»¹³.

7 Zit. in Ria Novosti vom 1. März 2010: «Iran sanctions possible, should be wise, balanced – Medvedev»; <http://en.rian.ru/world/20100301/158056916.html> 8 Zit. nach: RIA Novosti vom 25. Februar 2010: «Russia's Lavrov says no proof Iran working on nuclear weapons»; <http://en.rian.ru/russia/20100225/158000894.html> 9 UNSC Draft Resolution «Iran Resolution Elements»; veröffentlicht in: http://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/UNSC_Iran_resolution_19May2010.pdf 10 «Solche unilateralen Sanktionen über die Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft hinaus würden dem Prinzip des internationalen Rechts, wie es in der UN-Charta niedergelegt ist, widersprechen», erklärte das russische Außenministerium am 18. Mai 2010. Zit. nach: <http://en.rian.ru/russia/20100519/159070123.html> 11 «Wir wollen mit den Iranern verhandeln», sagte zum Beispiel der UN-Botschafter Frankreichs, Gerard Araud. Zit. in «New sanctions against Iran agreed on», http://news.xinhuanet.com/english/2010/05/19/c_13304189.htm 12 Zit. nach: <http://wonkroom.thinkprogress.org/2010/02/16/gas-sanctions-would-hurt-goal-of-targeting-irans-revolutionary-guards/> 13 Zit. nach «Daily Telegraph», London, v. 23. Mai 2010: «UN sanctions will hurt ordinary Iranians, says Mousavi»; <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/iran/7756576/UN-sanctions-will-hurt-ordinary-iranians-says-Mousavi.html>

Auch die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi warnte: «Wir sind gegen einen Militärschlag oder Sanktionen, weil sie der Bevölkerung schaden.»¹⁴ Abolhassan Bani-Sadr, der erste Präsident der Islamischen Republik Iran nach der Revolution 1979 und heute im Pariser Exil lebende Oppositionspolitiker, schätzt ein: «Sanktionen wären kontraproduktiv, weil die Gefahr einer internationalen Krise für das iranische Regime das einzige verbleibende Argument zur Legitimierung seiner despotischen Macht ist.»¹⁵

Weitere UN- oder unilaterale Sanktionen gegen den Iran hätten aber nicht nur, wie die iranische Opposition befürchtet, negative innenpolitische Auswirkungen, weil sie die Hardliner im Iran stärken. Gleichzeitig würden sie die Möglichkeiten für eine diplomatische Einigung verbauen. Die iranische Regierung droht, ihre Bereitschaft zum Austausch von leicht angereichertem Uran gegen Brennstäbe für den Teheraner Forschungsreaktor entsprechen dem Abkommen mit der Türkei und Brasilien zurückzunehmen, falls die UN neue Sanktionen beschließt. Damit wäre ein Einstieg in eine diplomatische Lösung des Streits um das iranische Nuklearprogramm verspielt. Dies wiederum würde die Falken in Washington stärken. Denn Verschärfung der Spannungen und der voraussehbare Misserfolg weiterer Sanktionen werden von diesen unweigerlich als Argument genutzt werden, um für einen Militärschlag gegen den Iran Druck zu machen. Aus all diesen Gründen ergibt sich: Am besten ist, von weiteren Sanktionen gegen den Iran Abstand zu nehmen.

3. DIE IRANISCHE GEFAHR – WIDER ÜBERTREIBUNGEN UND FALSCHMELDUNGEN

«Iran strebt nach der Atombombe» – so werden fast täglich westliche Politiker zitiert und so lautet der Tenor der Massenmedien. Doch die Beweislage ist keineswegs eindeutig. Angesichts der Erfahrungen mit den falschen und zum Teil gefälschten «Begründungen» für den Angriff der USA auf den Irak sollte man nicht erneut in den Fehler verfallen, vorschnell zu urteilen. Es kann natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass die iranische Führung schon seit vielen Jahren nach Atomwaffen strebt. Angesichts der Tatsache, dass die im Nahen Osten wie weltweit dominierende Militärmacht USA den Iran als «Feind» betrachten und ständig mit einem Militärschlag drohen, wäre ein iranisches Streben nach Atomwaffen unter Sicherheitsaspekten durchaus begründbar. Dies gilt insbesondere angesichts des unterschiedlichen Umgangs der USA mit anderen «Feinden» – Angriffskriege auf Irak und Afghanistan, die kein Atomwaffenmaterial besaßen; keine Angriffe und keine Androhung von Angriffen gegen Nordkorea, das waffenfähiges Nuklearmaterial besitzt. Es gibt im Iran unter radikalen Konservativen auch Stimmen, die für eine iranische Atombombe als besten Schutz gegen einen Angriff der USA votieren¹⁶. Ebenfalls halten laut Meinungsumfragen etwa die Hälfte der Iraner die Entwicklung der Atombombe langfristig als Ziel des Iran für «wichtig» oder «sehr wichtig»¹⁷.

Allerdings hat die iranische Führung wiederholt erklärt, dass sie keine Atomwaffen anstrebt. Dafür führt sie einige gewichtige Gründe an, die zumindest zur Kenntnis genommen werden sollten. Ein Grund sei der Islam, mit dem Atomwaffen unvereinbar seien, weil sie Massen von Unschuldigen töten. Schon 2004 habe deshalb der oberste Religionsführer und Staatsoberhaupt Ayatollah Khamenei eine «Fatwa» gegen Atomwaffen ausgesprochen. Zum anderen wird auch

politisch-strategisch argumentiert: Die Sicherheit des Iran würde durch den Besitz von Atomwaffen nicht erhöht werden, denn: «Wenn wir Atomwaffen besäßen, würde in der Region ein Wettrüsten beginnen», so zum Beispiel der damalige Sekretär des iranischen nationalen Sicherheitsrates und heutige Parlamentssprecher Ali Laridschani¹⁸.

Auch sind für viele einzelne Maßnahmen der iranischen Regierung bezüglich des Atomprogramms andere Begründungen möglich, als die, dass der Iran nach Atomwaffen strebt. So ist das Ziel eine national unabhängige Urananreicherung für die Versorgung von geplanten 20 Atomkraftwerken zu etablieren angesichts der jahrelangen erfolgreichen Versuche der USA, jegliche nukleare Kooperation anderer Staaten mit dem Iran zu verhindern, sowie der zwiespältigen Erfahrungen Teherans mit dem Nuklearpartner Russland durchaus als rational einschätzbar. Dass der Iran seine nach dem Atomwaffensperrvertrag völlig legalen nuklearen Aktivitäten, u. a. die Urananreicherungsanlage in Natanz, vor ihrer Inbetriebnahme lange Zeit verheimlicht hat, erregt zwar zu Recht Misstrauen. Aber dies könnte auch mit der Tatsache erklärt werden, dass der Iran angesichts der US-Politik und der US-Sanktionen gar keine andere Möglichkeit zur Entwicklung ziviler Nukleartechnologie sah.

Die jüngsten oft als «Beweise» für das Streben des Iran nach Atomwaffen angeführten «Tatsachen» erweisen sich beim näheren Hinsehen ebenfalls keineswegs als so eindeutig, wie sie dargestellt werden. So haben zum Beispiel US-Präsident Obama gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Sarkozy und dem britischen Premierminister Brown den Bau einer unterirdischen Urananreicherungsanlage in der Nähe von Ghom, die der Iran bis zum vergangenen September nicht öffentlich mitgeteilt hatte, als eindeutigen Beweis für die Atomwaffen-Absichten des Iran hingestellt: «Die Größe und Konfiguration dieser Anlage ist unvereinbar mit einem zivilen Programm.»¹⁹ Dem widersprach die iranische Regierung. Sie erklärte, die Anlage wäre gebaut worden, um die technologischen Fähigkeiten des Iran in Bezug auf die Urananreicherung auch nach einem möglichen Militärangriff auf die Anreicherungsanlagen in Natanz sichern zu können. Fünf Monate später rückte auch der damalige oberste Geheimdienstchef der USA, Dennis Blair, von der apodiktischen Gewissheit von Obamas Aussage ab. Vor dem US-Kongressausschuss erklärte er: «Es ist uns nicht klar, ob die Motivation Irans zum Bau dieser Anlage über seine öffentlich erklärte Absicht, das Know-how der Urananreicherung auch für den Fall eines Angriffs aufrechtzuerhalten, hinausgeht.»²⁰

Auch der Bericht des neuen IAEA-Generaldirektors Yukiya Amano vom Februar 2010, der in den Medien oft noch manipulativ zugespitzt wurde²¹, enthält keine und erst recht keine –

¹⁴ Zit. in BBC News vom 4. März 2010; http://news.bbc.co.uk/go/pr/tr/-/2/hi/middle_east/8549183.stm ¹⁵ Abolhassan Bani-Sadr: «To bash them is to help them»; in: International Herald Tribune v. 10. März 2010. ¹⁶ Zum Beispiel empfahl die erzkonservative Zeitung Keyhan vom 12. Februar «to plan for acquiring the knowledge and the ability to produce nuclear weapons which are necessary for the preparation of the next phase in the future battlefield.» Zitiert in: Takeyh, Ray. Hidden Iran, New York 2006, p. 150. ¹⁷ Vgl.: «Results of a New Nationwide Public Opinion Survey of Iran before the June 12, 2009 Presidential Elections»; Ausgeführt von: Terror Free Tomorrow (The Center for Public Opinion («TFT»), the New America Foundation, and KA Europe SPRL). ¹⁸ Ali Larjani, Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 12. Februar 2007. ¹⁹ Statement by Obama, Sarkozy and Brown on Iran's Nuclear Facility; Pittsburgh, 25. September 2009. ²⁰ Dennis C. Blair, Director of National Intelligence; 2. Februar 2010, «Annual Threat Assessment of the US Intelligence Community for the Senate Select Committee on Intelligence», S. 13. ²¹ Siehe medienkritische Analysen wie: Peter Casey: «Read the IAEA Reports on Iran», 28. Februar 2010; Walter van Rossum: «Die Politik des Verdachts», WDR-5 «Politikum» vom 1. März 2010.

wie in den Medien häufig behauptet – «neuen» «Beweise» für Arbeiten des Iran an Atomwaffensprengköpfen. Stattdessen werden schon lange von der IAEA an den Iran gestellte Fragen bezüglich möglicherweise militärischer Implikationen von iranischen Aktivitäten, wie sie schon seit Jahren in den IAEA-Berichten aufgeworfen wurden, wiederholt. Einzig neu ist – neben dem neuen Mann an der Spitze der IAEA – die Formulierung, dass einige der Aktivitäten, die der IAEA Sorge bereiten, auch «nach 2004 fortgesetzt worden zu sein scheinen.»²²

Beweise für diese Annahme, die der bis heute nicht zurückgenommenen Einschätzung der US-Nachrichtendienste von 2007 widerspricht, dass der Iran nuklearwaffenspezifische Aktivitäten 2003 eingestellt habe, wurden weder von der IAEA noch von den Medien vorgelegt.

Diese Annahme könnte unter anderem auf Informationen und «Analysen» des Bundesnachrichtendienstes zurückgehen, der schon 2008 bei einem Prozess um illegale Iranexporte in Frankfurt am Main die Auffassung vertreten hatte, dass der Iran nuklearwaffenspezifische Aktivitäten fortsetzte. Allerdings hat das Oberverwaltungsgericht Frankfurt die Auslassungen des BND als «extrem vage» eingeschätzt²³. Auch die nachgereichten geheimen Papiere des BND scheinen, soweit sie von Gerichten wiedergegeben wurden, nicht mehr zu enthalten als Indizien von vermeintlichen nuklearrelevanten Beschaffungsaktivitäten des Iran von Dual-use-Gütern über 2003 hinaus sowie Vergleiche von Beschaffungsaktivitäten des Iran mit denen von Pakistan und Nordkorea²⁴. Wie auslegbar bzw. umstritten diese angeblichen BND-«Beweise» sind, zeigt sich auch daran, dass die US-Geheimdienste sie bisher nicht bestätigt haben.

Die meisten Hinweise auf iranische atomwaffenspezifische Aktivitäten gehen auf die sogenannten «vermeintlichen Studien» («alleged studies») zurück. Dabei handelt es sich um «Studien», die dem Bundesnachrichtendienst angeblich von einem iranischen Atomwissenschaftler zugespielt worden seien und die dann über die USA an die IAEA weitergegeben wurden. Diese «Studien», die ausschließlich den Zeitraum bis 2003 betreffen, bezeichnet der Iran allesamt als «Fälschungen». Ob dies stimmt oder nicht, ist nicht zu beurteilen. Allerdings scheint Skepsis gegenüber der Authentizität dieser «Studien» angebracht. So behauptete die US-Administration jahrelang, dass ihnen «ein Laptop» mit diesen Studien zugegangen sei und rückte den Laptop aber nicht zu einer Authentizitätsüberprüfung heraus. Die Laptop-Story ist inzwischen als bewusste Falschinformation entlarvt. Nun heißt es, die «Studien» wären von der Frau eines inzwischen verstorbenen BND-Agenten und iranischen Atomwissenschaftlers außer Landes gebracht und über den BND an die US-Geheimdienste weitergegeben worden²⁵. Dass CIA und BND die internationale Öffentlichkeit jahrelang an der Nase herumgeführt haben, ist zwar kein Beweis dafür, dass die Dokumente gefälscht sein müssen, stellt aber ihre Glaubwürdigkeit durchaus in Frage. Auch gibt es eine Reihe von logischen Widersprüchen in diesen «Studien», soweit sie öffentlich bekannt sind²⁶.

Zweifelloos ist eine Reihe von Fragen über möglicherweise atomwaffenspezifische Aktivitäten des Iran noch nicht beantwortet. Der Iran sollte die Zusammenarbeit mit der IAEA in diesen Fragen dringend verbessern. Doch vor einseitigen Interpretationen oder Übertreibungen der Gefahren sollte man sich hüten.

Zu berücksichtigen ist, dass alle deklarierten Nuklearanlagen – die Urananreicherungsanlagen in Natanz, der Buschehr-Reaktor etc. – im Iran unter Aufsicht der IAEA stehen. Von nicht deklarierten Anlagen, in denen zum Beispiel Uran angereichert werden könnte, ist nirgends die Rede. Ihre Existenz dürfte angesichts der Satellitenaufklärungsfähigkeiten westlicher Geheimdienste auch nicht unerkannt bleiben können. Sollte der Iran hoch angereichertes, waffenfähiges Uran produzieren wollen, könnte er das nicht tun, ohne dass dies sofort entdeckt würde bzw. ohne durch die vorherige Ausweisung der IAEA-Inspektoren einen diesbezüglichen Verdacht auf sich zu lenken. Selbst wenn der Iran jetzt einen entsprechenden Beschluss fasste, wäre er technisch nach Aussage des damaligen US-Geheimdienstchefs Dennis Blair vom Februar 2010 erst «in ein paar Jahren in der Lage, genug hoch angereichertes Uran für eine (Atom)-Waffe zu produzieren.»²⁷

Ein realistisches Bild erfordert auch, folgende Einschätzungen zu berücksichtigen, die alarmistischen Auffassungen widersprechen:

- Die Bedrohungswahrnehmung ist in Russland und China anders als in den USA. So hat der russische Außenminister Lawrow zum Beispiel im Februar 2010 erklärt: «Es gibt keinen Beweis dafür, dass der Iran die Entscheidung getroffen hat, Nuklearwaffen herzustellen»²⁸;
- Mohamed El Baradei schätzte im Oktober 2009, als er noch den Posten des Generaldirektors der IAEA innehatte, ein: «Wir haben keinen Beweis dafür, dass der Iran tatsächlich an einer Bombe baut ... Meiner Meinung nach wurde die Bedrohung durch das iranische Atomprogramm aufgebaut. Ich glaube nicht, dass wir morgen aufwachen und bemerken werden, dass der Iran eine Atomwaffe besitzt.»²⁹
- Dennis Blair, damaliger Direktor der US-Geheimdienste, geht ebenfalls davon aus, dass der Iran noch keine Entscheidung für Atomwaffen getroffen hat, und erklärte im Februar 2010: «Wir sind weiterhin der Meinung, dass der Iran sich die Option offen hält, Atomwaffen zu entwickeln ... Wir wissen allerdings nicht, ob sich der Iran dazu entscheiden wird, Atomwaffen zu bauen ... Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Entscheidungsfindung des Iran von einer Kosten-Nutzen-Analyse bestimmt wird, die der internationalen Gemeinschaft Möglichkeiten bietet, Teheran zu beeinflussen.»³⁰

Es ist möglich, dass der Iran zwar anstrebt, vor allem mit der Urananreicherungs-kapazität die technologischen Voraussetzungen zu erwerben, die für den Bau einer Atomwaffe entscheidend sind, aber dass er nicht die Intention hat, die «rote Linie» zu überschreiten und tatsächlich Nuklearwaffen herzustellen. Damit besteht die Kunst der Politik darin, wie es

²² IAEA, Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran, Report by the Director General, GOV/2010/10, 18. Februar 2010, S. 9. ²³ Zit. nach Oliver Meier, 29. Juli 2009: Iran Weaponization Intel: A Cautionary Note. ²⁴ Vgl. ebd. ²⁵ Vgl. ISIS-Report, 2. Oktober 2009: «Excerpts from Internal IAEA Document on Alleged Iranian Nuclear Weaponization». ²⁶ Vgl.: Porter, Gareth: «Documents linking Iran to nuclear weapons push may have been fabricated.» 10. November 2008. ²⁷ Dennis C. Blair, Director of National Intelligence; 2. Februar 2010, «Annual Threat Assessment of the US Intelligence Community for the Senate Select Committee on Intelligence», S. 13. ²⁸ Zit. nach: RIA Novosti vom 25. Februar 2010: «Russia's Lavrov says no proof Iran working on nuclear weapons». ²⁹ Mohamed ElBaradei, Interview in «Die Presse», ElBaradei: «Gefahr einer Atomexplosion wurde größer», Langversion, 17.19.2009. ³⁰ Dennis C. Blair, Director of National Intelligence; 2. Februar 2010: «Annual Threat Assessment of the US Intelligence Community for the Senate Select Committee on Intelligence», S. 13.

der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister unter Bill Clinton und Harvard-Professor Joseph Nye formulierte, «Teheran zu überzeugen, den Weg Japans zu gehen. Die Japaner verfügen über Nuklearenergie, sie könnten eine Atombombe bauen, doch sie haben sich dagegen entschieden.»³¹

4. MILITÄRSCHLAG, ABSCHRECKUNG ODER EINDÄMMUNG («CONTAINMENT») UND DIE DARIN LIEGENDEN GEFAHREN

In den USA haben zwar die Stimmen wieder zugenommen, die für einen Militärschlag gegen den Iran plädieren. Auch wird offiziell immer wieder von der Obama-Administration betont, dass alle Optionen «auf dem Tisch» sind. Doch zumindest gegenwärtig scheint sowohl in der US-Administration und im US-Militär als auch bei den westlichen Bündnispartnern die Option eines Militärschlages nicht ernsthaft verfolgt zu werden, den Russland, China und andere Länder ohnehin strikt ablehnen.

Hintergrund dafür ist nicht nur die Tatsache, dass die USA gegenwärtig in zwei Kriege involviert sind und zumindest solange diese Kriege andauern keine weitere militärische – und politische – Front eröffnen wollen. Darüber hinaus hat sich allerdings auch die Erkenntnis verbreitet, dass ein Angriff auf den Iran bzw. die iranischen Nuklearanlagen nur minimale «Gewinne», aber entscheidende negative Folgen haben würde.

Das iranische Nuklearprogramm könnte zwar um einige Jahre verzögert werden, allerdings kann man davon ausgehen, dass im Iran dann die Kräfte die Oberhand gewinnen würden, die eine iranische Atombombe – in einem Crashkurs – anstreben. Gleichzeitig wäre mit militärischen Gegenschlägen des Iran in der Region auf US-Einrichtungen und Israel sowie auch mit der Sperrung der Straße von Hormus zu rechnen. Hunderttausende von Toten wären zu erwarten. Aber auch die Weltwirtschaft würde erheblich in Mitleidenschaft gezogen, weil der Ölpreis bis auf das Doppelte steigen könnte. Das internationale Ansehen der USA bzw. derjenigen, die völkerrechtswidrig einen Angriff auf den Iran unterstützten, würde – insbesondere in der muslimischen Welt – tiefen und bleibenden Schaden nehmen. Eine Friedensregelung im Nahen Osten wäre danach ebenso erschwert wie Stabilisierungsprozesse im Irak und in Afghanistan.

Selbst wenn der Angriff «nur» von Israel ausginge, wäre er ohne die explizite Unterstützung der USA bzw. von US-Bündnispartnern, die die Lufthoheit in der Region besitzen, nicht zu realisieren. Will man die israelische Regierung von einem «Alleingang» abhalten, so müssen die USA nichts weiter tun, als ihr deutlich signalisieren, dass die USA israelische Flugzeuge, die Richtung Iran fliegen, über dem Irak oder über der Türkei abschießen würden. Politisch hilfreich wäre es natürlich auch, wenn die EU bzw. die EU-Mitgliedstaaten Israel deutlich und öffentlich vor einem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran warnten.

Angesichts der offensichtlichen «Nachteile» eines militärischen Schlages gegen den Iran werden verstärkt Strategien der Abschreckung sowie der Eindämmung («Containment»)³² als mögliche «Alternativen» diskutiert und teilweise schon praktiziert.

Zweifellos richtig ist die Überlegung, dass selbst wenn der Iran eine Atombombe besitzen würde, es keinen Grund zu

der Annahme gäbe, dass er die Nuklearwaffe zu einem anderen Zweck als der Abschreckung eines Angriffes nutzen würde. Es ist absurd zu glauben, Teheran würde dann Tel Aviv oder gar Berlin oder Washington mit dieser Waffe angreifen. Denn ein solcher Angriff wäre nichts weiter als Selbstmord. Die Führung der Islamischen Republik Iran besteht nicht aus Selbstmördern, sondern ihr oberstes Ziel ist der Erhalt ihres Systems. Zu dieser Einschätzung kommt selbst der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak, der keineswegs als Taube bekannt ist: «Ich denke, die Iraner würden, selbst wenn sie die Bombe hätten, sie nicht auf ihre Nachbarn abwerfen. Sie wissen genau, was die Folge wäre. Sie sind radikal, aber nicht völlig verrückt. Sie haben einen ziemlich ausgefeilten Entscheidungsfindungsprozess und sie begreifen die Realität.»³³

Auch der außenpolitische «elder statesman» und ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski schätzt ein: Die Iraner «mögen gefährlich, drängend und heuchlerisch sein. Aber es gibt nichts in ihrer Geschichte, das darauf hinweist, dass sie selbstmörderisch veranlagt sind.»³⁴

Die Abschreckungswirkung sowohl der israelischen als auch der amerikanischen Atomwaffen würde auch gegen einen atomar gerüsteten Iran eintreten – so wie die US-Atomwaffen schon weit stärkere vermeintliche Gegner wie die Sowjetunion und China abgeschreckt haben. Behauptungen von einer «existenziellen Bedrohung» für Israel und einer «Gefahr für die Sicherheit der Welt» durch eine iranische Atombombe sind realitätsferne, maßlose Übertreibungen. So schätzt auch der von 2003 bis 2007 für den Nahen Osten zuständige US-General John Abizaid ein: «Es ist meine militärische Überzeugung, dass der Iran abgeschreckt werden kann.»³⁵

Ebenso wenig stichhaltig ist das Argument, dass ein atomar bewaffneter Iran zwangsläufig einen Dominoeffekt in der Region in Bezug auf das Streben nach eigenen Atomwaffen auslösen müsste. Die Türkei, die oft als ein Land genannt wird, das dann Atomwaffen anstreben würde, obwohl keinerlei Stimmen aus der Türkei selbst bekannt sind, die solch eine Absicht befürworten, ist ein Nachbar mit guten Beziehungen zum Iran, wie nicht zuletzt die erfolgreichen Vermittlungsbemühungen von Ministerpräsident Erdogan in Bezug auf den Uran-Austausch belegen. Außerdem befindet sich die Türkei als NATO-Mitglied unter dem Nuklearschirm der USA.

Weder die Türkei, noch die arabischen Länder Saudi-Arabien und Ägypten haben angesichts der Bedrohung durch israelische Atombomben selber Nuklearwaffenprogramme begonnen. Es ist keineswegs eine ausgemachte Sache, dass sie eine iranische Atomwaffe als Bedrohung empfinden, die sie dazu zwänge, sich selbst Atomwaffen zuzulegen. Selbst wenn sie sich bedroht fühlten, könnten sie für die weit billigere und einfachere Option votieren und sich unter den Nuklearschirm der USA stellen.

Schließlich zeigen auch die Entwicklungen in Südostasien, dass eine nukleare Proliferation nicht zwangsläufig ist. Dort besitzt Nordkorea schon seit mehreren Jahren nuklearwaf-

³¹ Joseph Nye in: Der Spiegel vom 17. August 2009, SPIEGEL-GESPRÄCH «Ein Amerika, das zuhört». ³² Vgl. u. a. James Lindsay and Ray Takeyh: After Iran Gets the Bomb; in Foreign Affairs, März/April 2010. ³³ Zit. in: AP News vom 26.2.2010, Robert Burns: «Israeli defense chief doubts Iran would use a nuclear weapon against Israel». ³⁴ Zit. in: International Herald Tribune v. 15. März 2010; David E. Sanger: «Containing Tehran in a new nuclear age». ³⁵ Zit. in: AP News v. 27. Oktober 2009, Robert Burns: Analysis: «US making plans for Iran nuke strategy»; vgl. auch: Bertram, Christoph: Partner, nicht Gegner. Für eine andere Iran-Politik. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2008.

fenfähiges Spaltmaterial, ohne dass zum Beispiel in Südkorea und Japan ein Wettlauf zur Atombombe eingesetzt hätte.

Die regionalen und weltpolitischen Folgen einer iranischen Atomwaffe wären natürlich trotzdem negativ, da sie in einer ohnehin volatilen Region weitere Instabilitäten erzeugen würden. Allerdings sind die oft gezeichneten Katastrophenszenarien sachlich nicht begründet. Ihre Protagonisten verstellen damit jedoch den Blick auf reale und realistische friedliche Lösungsansätze.

Nukleare Abschreckung ist als mögliche Strategie gegen einen atomar gerüsteten Iran gegenwärtig noch ein theoretisches Gedankenspiel. Denn der Iran besitzt keine Atomwaffe und würde auch noch Jahre zu ihrer Produktion benötigen, selbst wenn die iranische Führung heute eine Entscheidung, Atomwaffen herzustellen, treffen sollte. Hingegen sind Maßnahmen einer konventionellen «Abschreckung» durch eine Aufrüstung der Region durch die USA mit modernsten konventionellen Waffen längst im Gange. Das Aufrüstungspaket geht auf Beschlüsse der Bush-Administration zurück, nach denen bis zum Jahre 2017 Waffensysteme im Wert von 20 Milliarden US-Dollar an Saudi-Arabien und die angrenzenden kleinen Golfstaaten von den USA verkauft werden sollen. Gleichzeitig planen die USA, Ägypten im selben Zeitraum Waffen im Wert von 13 Milliarden US-Dollar und Israel sogar Waffen im Wert von insgesamt 30 Milliarden US-Dollar zu schenken.

Diese Aufrüstung wird damit begründet, dass man einem angeblich expansionistischen Iran militärisch begegnen müsse. So könnten die arabischen Staaten davon abgehalten werden, selber Atomwaffen zu entwickeln. Und so könnte auch Israel «beruhigt» und von einem eigenen Militärschlag gegen den Iran abgebracht werden³⁶. Dafür werden von den USA unter anderem gegenwärtig in vier Staaten – Qatar, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait – je zwei Patriot-Raketenabwehrbatterien aufgestellt. In Saudi-Arabien und Israel gibt es schon US-Patriot-Raketen. US-Aegis-Kreuzer mit Antiraketensystemen sind laut Aussage von US-General David Petreus ebenfalls schon permanent im Persischen Golf stationiert³⁷.

In Teheran muss diese militärische «Eindämmungsstrategie» gegenüber dem Iran als Beleg für Aggressionsabsichten der USA wahrgenommen werden. Denn die Aufrüstung des Nahen Osten mit US-Anti-Raketensystemen ist nicht nur defensiv nutzbar. Diese Systeme machen auch einen Sinn, wenn die USA den Iran angreifen wollten. Dann nämlich können sie die zu erwartenden Gegenschläge des Iran zu neutralisieren versuchen. Ebenso wie die wiederholte US-Aussage, dass «alle Optionen auf dem Tisch» lägen, muss die Aufrüstung der Region im Iran Misstrauen gegenüber den Absichten der USA schüren. Das Angebot Obamas zum «Dialog» wird dadurch konterkariert, die Chancen auf einen Kompromiss im Atomstreit werden erheblich verschlechtert.

5. IRAN-POLITIK DES WESTENS UND DEMOKRATIEENTWICKLUNG IM IRAN

Die Politik der USA und der anderen westlichen Regierungen ist beeinflusst von der Einschätzung und Wahrnehmung der inneren Entwicklung des Iran. Die USA befürworten seit Jahrzehnten einen «Regimewechsel». Die Ereignisse bei und nach den letzten Präsidentschaftswahlen im Iran im Juni 2009 haben deutlich gemacht, dass ein Teil der Bevölkerung in

Form der «grünen Opposition» für eine Demokratisierung des Landes eintritt. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass auch der überwiegende Teil dieser Opposition das System der «Islamischen Republik» prinzipiell nicht in Frage stellt. Ebenfalls nicht vernachlässigt werden darf die Tatsache, dass Präsident Ahmadinedschad durchaus einen erheblichen Teil der Bevölkerung repräsentiert. Zwar war die Regierung bzw. der Machtapparat nach den Wahlen im Juni 2009 zeitweise geschwächt. Auch gibt es – wie schon vorher – innerhalb der Konservativen Meinungsverschiedenheiten. Aber eine «Revolution» steht offensichtlich nicht vor der Tür. Dazu ist die Anhängerschaft Ahmadinedschads in der Bevölkerung zu stark, der Machtapparat zu geschlossen und die Opposition zu schwach³⁸.

Einschränkung bzw. Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen von Kritikern, brutales Vorgehen gegen Demonstranten und die Verhängung von Todesstrafen im Iran sind zu verurteilen. Allerdings sollten es die Iraner sein, die über die Zukunft ihres Landes entscheiden. Einen Regimewechsel von außen – ob mit zivilen oder gar mit militärischen Mitteln – durch die USA oder andere Staaten zu initiieren oder zu dirigieren, ist weder moralisch haltbar noch effektiv. Umgekehrt hilft jede direkte oder geheime Unterstützung der iranischen Opposition den Machthabern in Teheran, ihre Position zu stärken.

Wer Interesse an einer Demokratisierung des Iran hat, muss alles tun, um die internationale Lage des Iran zu entspannen. Jede Verschärfung der internationalen Beziehungen droht weitere antidemokratische Maßnahmen im Inneren des Landes und eine Schwächung der demokratischen Opposition zur Folge zu haben.

Schon G. W. Bush hatte ein Programm für geheime Operationen gegen Teheran initiiert, das offenbar auch von Präsident Obama nicht zurückgenommen worden ist. Im September 2009, lange nach Amtsantritt von Obama, hat US-General Petreus, der US-Kommandant für den Mittleren Osten, eine Direktive über die Ausweitung von geheimen Operationen der US-Streitkräfte unterzeichnet, das u. a. auch spezifische Operationen im Iran vorsieht³⁹. Damit sollen Informationen über das Nuklearprogramm gesammelt sowie Dissidentengruppen ausgemacht werden, die laut der Zusammenfassung der New York Times «nützlich sein könnten bei einer zukünftigen militärischen Offensive»⁴⁰. Solche Programme der USA für geheime Operationen sind ebenso wie Drohungen mit einem Militärschlag, weitere wirtschaftliche Sanktionen, die direkt oder indirekt die Bevölkerung treffen, Geschenke an die Machthaber in Teheran und Schläge ins Gesicht der demokratischen Opposition. Deswegen haben wiederholt Vertreter der «grünen» Bewegung auch Sanktionen und Militärschläge entschieden abgelehnt⁴¹.

Statt durch Isolierung und Konfrontation kann eine politische Lösung des Nuklearkonfliktes mit dem Iran am besten durch eine Entspannungspolitik und eine tatsächliche Dialog- und Kompromissbereitschaft vor allem der USA erreicht werden. Das wäre mittel- und langfristig auch die beste Unterstützung für eine Demokratisierung des Iran.

³⁶ Vgl. New York Times, 30. Januar 2010; David Sanger und Eric Schmitt: «U.S. Speeding Up Missile Defenses in Persian Gulf». ³⁷ Ebd. ³⁸ Vgl. Flynt Leverett/Hillary Leverett: «Another Iranian Revolution? Not Likely»; in: New York Times, 5. Januar 2010. ³⁹ International Herald Tribune v. 16.5.2010: «US is said to expand use of covert action». ⁴⁰ Ebd. ⁴¹ S. oben Kapitel 2.

6. REALISTISCHE ZIELE FÜR ATOMVERHANDLUNGEN SETZEN

Eine Übereinkunft über den Austausch von leicht angereichertem iranischem Uran gegen Brennstäbe für den Teheraner Forschungsreaktor dürfte die Chance bieten, auch grundlegende Fragen des Atomstreits diplomatisch zu lösen. Allerdings ist dafür eine Kehrtwende vor allem der US-amerikanischen Politik notwendig.

Das bisherige Ziel der internationalen Staatengemeinschaft ist, dass der Iran seine Urananreicherung generell suspendiert. So sehen es UN-Sicherheitsratsresolutionen vor. So formulieren es auch die sechs Mächte USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die dem Iran ein «Angebot» gemacht haben. Eine Suspendierung der Urananreicherung des Iran wird sogar als eine Vorbedingung für den Beginn formaler Verhandlungen gefordert. An dem Ziel sowie an der Vorbedingung für Verhandlungen hat sich nichts geändert – entgegen der von Obama erklärten Bereitschaft zum Dialog ohne Vorbedingungen.

Trotz mancher technischer Probleme schreitet hingegen der Ausbau der Urananreicherungsanlage in Natanz voran. Die Urananreicherung findet unter der Aufsicht der IAEA statt. Bisher hat die IAEA immer bestätigt, dass aus dieser Anlage kein Nuklearmaterial abhanden bzw. anderen Zwecken zugeführt worden ist.

Auch wenn es in Bezug auf mögliche Proliferationsgefahren besser wäre, wenn im Iran sowie im Nahen und Mittleren Osten insgesamt keine Urananreicherungs- und ebenfalls keine Wiederaufarbeitungsanlagen betrieben würden, ist dieses Ziel nicht mehr erreichbar. Der Iran wird die Urananreicherung weder zeitweise noch prinzipiell einstellen. Mit dieser Realität gilt es umzugehen und nach entsprechend realistischen zweitbesten Lösungen zu suchen. Diese können auf der einen Seite der internationalen Gemeinschaft eine weitgehende Gewissheit bieten, dass der Iran keine Atomwaffen produziert, und auf der anderen Seite gewährleisten, dass der Iran ein ziviles Nuklearprogramm entsprechend dem Nichtweiterverbreitungsvertrag entwickeln kann und zudem militärisch nicht durch Angriffe bedroht ist.

Die *technische* Seite dieses möglichen Kompromisses kann darin bestehen, dass das iranische Atomprogramm so umfassend wie möglich unter internationaler Kontrolle stattfindet. Über die bisherige Kontrolle der Nuklearanlagen des Iran durch die IAEA hinaus würde das auf jeden Fall auch die Ratifizierung und Anwendung des sogenannten «Zusatzprotokolls» der IAEA durch den Iran erfordern. Damit wären weitreichende zusätzliche Inspektionsrechte verbunden. Der Iran hat dieses Zusatzprotokoll zeitweise freiwillig angewendet und wiederholt seine Bereitschaft erklärt, es auch zu ratifizieren, wenn die entsprechenden politischen Voraussetzungen bestehen.

Darüber hinaus gilt es anzustreben, dass der Iran seine Urananreicherungsanlagen im Rahmen eines internationalen Konsortiums statt wie bisher unter alleiniger nationaler Hoheit betreibt. Denn ein solches Modell würde zusätzliche technische Hürden bzw. größere Vorwarnzeiten für die internationale Gemeinschaft bei einem eventuellen Ausbruchversuch des Iran mit sich bringen. Einen entsprechenden Vorschlag hat der ehemalige stellvertretende Außenminister der USA unter Bill Clinton, Thomas Pickering, zusammen mit dem früheren US-Botschafter William Luers und dem Wissenschaft-

ler James Walsh vorgelegt⁴². Auch der Iran hat wiederholt erklärt, dass er bereit sei, sein Nuklearprogramm «durch ein Konsortium mit anderen Ländern umzusetzen.»⁴³

In Verhandlungen wäre zu testen, wie ernst der Iran solche Angebote zu einer umfassenderen Kontrolle seiner Nuklearaktivitäten tatsächlich meint. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass hier auch wirkliche Bruchlinien sowohl innerhalb des iranischen Herrschaftsgefüges als auch zwischen dem Establishment auf der einen und der grünen Opposition und der Bevölkerung auf der anderen Seite liegen. Denn laut einer Meinungsumfrage von 2009 befürworten 72 Prozent der Iraner «umfassende Inspektionsrechte sowie eine Garantie, keine Atomwaffen zu entwickeln oder zu besitzen», wenn umfassende technologische Hilfe anderer Staaten beim Atomprogramm als Gegenleistung gegeben würde⁴⁴.

7. DEN IRAN EINBINDEN – ENTSPANNUNGSPOLITIK STATT ISOLATION

Dem Streben nach Atomwaffen liegt bisher in der Geschichte immer eine bestimmte Bedrohungswahrnehmung zugrunde. Die Staatsführer, die solche Entscheidungen getroffen haben bzw. die Bevölkerungen, die diese Schritte unterstützten, hatten damit vorrangig die Erhöhung der Sicherheit ihrer Landes im Auge – dabei sei dahingestellt, inwieweit durch den Besitz von Atomwaffen tatsächlich die Sicherheit eines Landes erhöht wurde bzw. würde. Auch im Iran berufen sich diejenigen, die einen Atomwaffenbesitz befürworten – und die bisher nicht aus den Kreisen der Staatsführung kommen –, auf die Bedrohung vor allem durch die USA⁴⁵. Ähnliche Hoffnungen und Sorgen dürfte sich die Hälfte der iranischen Bevölkerung machen, die einen Besitz von Atomwaffen für ihr Land befürwortet⁴⁶.

Zu Sorgen um die Sicherheit des Staates bzw. des gegenwärtigen Systems der Islamischen Republik Iran bieten sowohl geschichtliche Erfahrungen mit den USA (Sturz der gewählten iranischen Regierung durch die CIA 1953; Unterstützung des Iraks während des Iran-Irak-Krieges; Verortung des Iran auf der «Achse des Bösen» durch Präsident George B. Bush; «regime change»-Debatte in den USA) wie auch aktuelle Aufrüstungen in der Region sowie Drohungen mit einem militärischen Angriff mehr als genug Anlässe.

Gerade vor diesem Hintergrund wäre die Veränderung der Bedrohungsperspektive Teherans die beste Grundlage, um vorhandenen Nuklearwaffenambitionen entgegenzuwirken und perspektivisch zu verhindern, dass solche Vorstellungen in der iranischen Elite und Staatsführung die Oberhand gewinnen. Um die iranische Bedrohungsperspektive zu entschärfen, sollte statt Konfrontation und Isolation eine Politik der Entspannung eingeleitet werden. Es ist angebracht, sich wieder des Konzepts der «friedlichen Koexistenz» zu erinnern, was in Bezug auf die Beziehungen zum Iran zum Beispiel der russische Außenminister Lawrow schon vor Jahren vorge-

⁴² Thomas Pickering/William Luers/James Walsh: «A Solution for the US-Iran Nuclear Standoff», *New York Review of Books*, Vol. 55, No. 4, 20 März 2008. Vgl. auch James Walsh: «Multilateralizing Iran's fuel cycle: The viable policy option»; in: BICC-Occasional paper: «New Chances for a Compromise in the Nuclear Dispute with Iran?», März 2009. ⁴³ Islamic Republic of Iran. 2006. «Islamic Republic of Iran's Response to the Package Presented on 6 June 2006», p. 2. ⁴⁴ Vgl.: «Results of a New Nationwide Public Opinion Survey of Iran before the June 12, 2009 Presidential Elections», Question 13 d; durchgeführt von: Terror Free Tomorrow (The Center for Public Opinion («TFT»), the New America Foundation, and KA Europe SPRL). ⁴⁵ Vgl. oben, Anmerkung 16. ⁴⁶ Vgl. oben, Anmerkung 44.

schlagen hat⁴⁷. Dafür tragen die USA eine besondere Verantwortung. Allerdings kann es nur hilfreich sein, wenn auch ihre Bündnispartner in diese Richtung drängen.

Ein solcher Strategiewechsel hin zu einer Entspannungspolitik gegenüber dem Iran müsste beinhalten:

Garantien der USA, dass sie den Iran nicht angreifen werden; Entwicklung eines regionalen Konferenzregimes für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten, in dem der Iran gleichberechtigter und vollwertiger Partner ist⁴⁸; Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und dem Iran, was zu allererst die gegenseitige diplomatische Anerkennung und auch die Bereitschaft bedeuten muss, die Jahrzehnte alten, umfassenden wirtschaftlichen Sanktionen der USA gegenüber dem Iran aufzuheben.

Entsprechend diesen drei Punkten muss auch das Angebot der sechs Mächte an den Iran zur Lösung des Atomkonflikts grundlegend ausgeweitet werden, damit es tatsächlich einen Anreiz für den Iran bietet, im Austausch maximale internationale Kontrollen seines Atomprogramms zu akzeptieren.

Natürlich gehören zum Tango wie zur Entspannung immer zwei. Sicher ist auch richtig, dass Hardliner in Teheran grundlegende Entspannungsofferten ausschlagen könnten, weil sie meinen, innenpolitisch stärker von einer Konfrontations-situation profitieren zu können. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die iranische Führung einer umfassenden Entspannungspolitik nicht verweigern würde. Bisher hat es keine umfassende Entspannungsofferte an den Iran gegeben, die neuen Worte von Barack Obama über «Dialog» und «Respekt» sind nicht in entsprechende Taten umgesetzt worden. Hingegen würde ein deutlicher Strategiewechsel die dialogbereiten Kräfte, die es auch innerhalb der iranischen Elite gibt, stärken. Möglicherweise könnten sich auch die Hardliner in Teheran Vorteile von einer Entspannung der Beziehungen zu den USA versprechen – in der Hoffnung, ihre interne Machtbasis durch solch eine Politik erweitern sowie

in der Region das eigene Ansehen und den eigenen Einfluss besser realisieren zu können.

Die bisherige Politik der Konfrontation und der Isolation des Westens gegenüber dem Iran hat jedenfalls in die Sackgasse geführt. Ihre Fortsetzung mittels neuer Sanktionen oder gar – nachdem sich deren Nutzlosigkeit herausgestellt hat – eines völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs auf den Iran schadet den Interessen aller:

- Der iranischen Bevölkerung, in deren Interesse Frieden und wirtschaftlicher Wohlstand sowie eine demokratische Entwicklung liegen. Konfrontations- und Sanktionspolitik hingegen stärkt die Hardliner, provoziert mehr antidemokratische Maßnahmen und führt zur Isolierung der oppositionellen Kräfte im Iran.
- Den Interessen der Nachbarvölker des Iran wie der internationalen Staatengemeinschaft einschließlich der USA. Ohne den Iran sind weder Stabilität in Afghanistan und dem Irak zu gewährleisten noch das Palästina-Problem zu lösen.
- Den Interessen der EU, deren wirtschaftliche und politische Präsenz im Iran als einem Markt der Zukunft immer weiter gefährdet wird und deren Interesse an langfristiger Energiesicherheit auch die Öl- und Gasvorkommen des Iran berücksichtigen muss⁴⁹.

Deshalb ist es an der Zeit einen Strategiewechsel vorzunehmen. Eine Politik der Entspannung und sogar der «präventiven Konzessionen» durch die USA und ihre Bündnispartner sollte umgehend eingeleitet werden. Die Erfolgsaussichten hierfür dürften besser sein als die einer Fortsetzung der bisherigen Politik.

⁴⁷ Lavrov, Sergey: «Speech in Moscow at the XV Assembly of the Council on Foreign and Defence Policy», 17. März 2007. ⁴⁸ Vgl. dazu u. a.: Konstantin Kosten «Iran einbinden, nicht isolieren»; DGAP-Standpunkt, November 2009. ⁴⁹ Vgl. zu den Interessen der EU: Walter Posch: «Die Sanktionsspirale dreht sich», in: SWP-Aktuell 26, März 2010.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de